

Leitantrag

an den

1. Landesparteitag der Partei DIE LINKE. Landesverband Sachsen-Anhalt
vom 14. bis 16. September 2007 in Magdeburg

Zeit für Neues: DIE LINKE. Sachsen-Anhalt – sozial gerecht, demokratisch, antifaschistisch!

DIE LINKE in Sachsen-Anhalt gründet sich auf den Erfahrungen der Partei des demokratischen Sozialismus und der Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit. Wir, die Mitglieder beider ehemaliger Parteien, haben uns zusammengefunden, um in einer neuen gemeinsamen Partei DIE LINKE Kräfte zu bündeln im Ringen um gesellschaftliche Veränderung, um Demokratie und soziale Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Frieden.

Die Ideen des demokratischen Sozialismus stellen für uns zentrale Leitvorstellungen für die Entwicklung unserer politischen Ziele dar, mehr noch: Für uns ist demokratischer Sozialismus Ziel, Weg und Wertesystem gleichermaßen. Freiheit und soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Sicherheit gehören für uns untrennbar zusammen, sie bedingen einander.

Es bleibt unser Ziel, den Kapitalismus in einem transformatorischen Prozess zu überwinden. Dies beginnt für uns im Hier und Jetzt. Wir, DIE LINKE in Sachsen-Anhalt, wissen um die gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse. Sie sind für uns als parlamentarische wie außerparlamentarische Kraft der Ansatzpunkt realer Veränderungsprozesse. Für DIE LINKE in Sachsen-Anhalt bilden Widerstand und Protest, der Anspruch auf Mit- und Umgestaltung sowie über den Kapitalismus hinaus weisende Alternativen ein strategisches Dreieck.

Wir sehen uns als LINKE Herausforderungen gegenüber, objektiven Gegebenheiten und Entwicklungen, die wir nicht leugnen, sondern auf die es zu reagieren gilt: Globalisierung, technologische Entwicklung, Auflösung alter sozialer Milieus, Vernetzung und Komplexität moderner Gesellschaften, demografischer Wandel oder die Entwicklung der Produktivkräfte. Diese Herausforderungen nehmen wir ernst und wir nehmen sie an.

Auch in Sachsen-Anhalt sind die Folgen dieser Entwicklungen spürbar – für viele Bürgerinnen und Bürger sind sie nicht zuletzt durch Entscheidungen der politischen Mehrheiten in Land und Bund oder auf internationaler Ebene mit tiefen persönlichen und sozialen Einschnitten verbunden. DIE LINKE muss darum immer wieder deutlich machen, wie dringend notwendig und möglich politische Alternativen sind. Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe, soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Bürgerrechte stehen dabei für uns im Mittelpunkt.

Wir wollen als LINKE unsere tagtäglichen politischen Entscheidungen mit einer ganzheitlichen Strategie für unser Land verbinden. Die fortschreitende soziale und kulturelle Spaltung unseres Landes und die damit verbundene Entfremdung von Politik einerseits und Bürgerinnen und Bürgern andererseits stellen uns insgesamt vor große Herausforderungen. Wir wollen eine eigenständige und selbst tragende Perspektive für Sachsen-Anhalt formulieren, die die Zielfunktion politischer Entscheidungen neu definiert, unser Verständnis über Aufgabe und Rolle des Staates kenntlich macht und gewährleistet, dass die Menschen in Sachsen-Anhalt stärker als bisher selbst zum Träger dieser Entwicklung werden können. Mit der Studie der Landtagsfraktion „Sachsen-Anhalt 2020 - Innovation und soziale Gestaltung für ein zukunftsfähiges Sachsen-Anhalt“ aus dem Jahr 2005 wurde dafür ein umfassendes Konzept formuliert.

Für unsere politischen Forderungen und Konzepte suchen wir Bündnispartner innerhalb und außerhalb der Parlamente. Die Erfahrungen von Linkspartei.PDS und WASG zeigen, wie wichtig dies für eine wirkungsmächtige LINKE war und ist.

DIE LINKE als Teil einer Bürgerrechtsbewegung!

Die LINKE gestaltet Politik als parlamentarischer und außerparlamentarischer Akteur in der Bundesrepublik. Die Mitglieder der LINKEN sind erfahren in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in Verbänden, Gewerkschaften, Initiativen und in den Parlamenten. Unser Protest gilt den Zumutungen einer kapitalistischen Gesellschaft. Unser Gestaltungsanspruch einer Politik der sozialen Gerechtigkeit misst sich an den Erwartungen und Lebenslagen von Menschen in ihrem konkreten Alltag. Ohne die Kritik am Bestehenden und den Einsatz für die sozialen und politischen Rechte des Einzelnen ist der Entwurf einer Gesellschaft von morgen nicht denkbar. Das strategische Dreieck beschreibt die Politik einer sozialistischen Partei unter kapitalistischen Verhältnissen. Der Weg des demokratischen Sozialismus gibt bereits vor, dass wir diese Vorstellungen nur in einem von Mehrheiten getragenen Prozess entwickeln können. Die Gestaltung dieser und der nächsten Form unseres Zusammenlebens hängt zusammen, die Zukunft ist ein offener Prozess. Eine Linke, die sich in Heilsversprechen an die Zukunft und im Zynismus der Gegenwart verliert, macht sich überflüssig in den derzeitigen Verhältnissen.

Ohne demokratische Prinzipien, die Orientierung auf Beteiligung vieler, verbunden mit dem Schutz und dem Interesse des Einzelnen, ist eine demokratische Linke für uns nicht akzeptabel. Die Geschichte des Realsozialismus, der Freiheit mit Verweis auf Gleichheit aufhob, ist eine Hypothek der Linken.

Die Linkspartei.PDS als Teil der neuen LINKEN war geprägt vom Gründungskonsens aus dem Jahre 1989. Inhalt dieses Gründungskonsenses war der unwiderrufliche Bruch mit dem Stalinismus und dem Poststalinismus. Dessen geistige Überwindung und die des darauf basierenden real existierenden Staatssozialismus waren und sind ein unumkehrbarer Akt der Emanzipation unserer Partei.

- Wir setzen uns als Ziel eine Gesellschaft, in der die freie Entwicklung einer und eines jeden die Bedingung der freien Entwicklung aller ist. Sozialismus ist für uns eine Bewegung gegen Ausbeutung, patriarchale Unterdrückung, Diskriminierung, Plünderung der Natur, für die Durchsetzung der Menschenrechte, für eine Gesellschaft, in der Bürgerinnen und Bürger ihre Angelegenheiten demokratisch regeln. Menschenrechte sind für uns unteilbar.
- DIE LINKE setzt sich für die Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern und Generationen ein. Die Prinzipien innerparteilicher Demokratie und eines zentralen Basisgedankens gelten für uns als demokratische Sozialistinnen und Sozialisten.

Eine demokratische LINKE muss eine Bürgerrechtspartei sein. Spätestens mit den massiven Einschränkungen von Grund- und Freiheitsrechten um den G8-Gipfel im Juni dieses Jahres ist die öffentliche und veröffentlichte Meinung sensibilisiert für die Entwicklungen in der bundesdeutschen und europäischen Innen- und Sicherheitspolitik. Die weit reichende Suspendierung von Grundrechten wie der Versammlungsfreiheit, der Ausforschung und Durchsuchung von Demonstrantinnen und Demonstranten im Vorfeld des Gipfels und die hysterischen Rufe nach schärferen Sicherheitsmaßnahmen muss Anknüpfungspunkt für Kritik einer linken, demokratischen und sozialistischen Partei sein. Dabei gilt es den Zusammenhang und eine Gesamtschau der innenpolitischen Maßnahmen der letzten Jahre vorzunehmen, um die Auswirkungen des sogenannten „Kampf gegen den internationalen Terrorismus“ und der Militarisierung des Staates nach innen greifbar sowie die Dimension des Abbaus von demokratischen Grund- und Freiheitsrechten kenntlich zu machen.

Alle anderen politischen Parteien, ob im Landtag Sachsen-Anhalt oder im Bundestag, haben sich sowohl in ihrer Oppositions- als auch Regierungsrolle in den zurückliegenden zehn Jahren nicht nur sozialpolitisch, sondern auch innenpolitisch diskreditiert. Die verfehlte Sozialpolitik unter rot-grün oder schwarz-rot im Bund wie im Land führt zu einem weiteren Abbau von Bürgerrechten für sozial Schwache. Heute gilt mehr denn je: Die Wahrnehmung von Bürgerrechten ist zu einer Frage des Geldbeutels geworden.

DIE LINKE beginnt in ihrem Kampf für soziale und politische Rechte nicht bei Null. Die PDS hatte eine lange Tradition in der Thematisierung und Lösung dieser Fragen. Ihr Motto „Freiheit und Gerechtigkeit“ nimmt für uns weiterhin einen hohen Stellenwert ein. Denn gerade die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte verpflichtet uns, das eine Recht nicht anders zu gewichten als das andere.

- DIE LINKE hat einen anderen, einen sozialen, friedens- und umweltpolitischen Sicherheitsbegriff, der nachhaltig an den Ursachen und Bedingungen von Terror, Gewalt und Kriminalität ansetzt.
- DIE LINKE muss Teil einer neuen Bürgerrechtsbewegung in diesem Land werden. Kernaufgabe dieser Bewegung wird es sein, den von konservativer und sozialdemokratischer Seite skizzierten Sicherheitsbegriff zu bekämpfen und gleichzeitig eigene Lösungsansätze in die parlamentarische und außerparlamentarische Debatte hineinzutragen. Eine solche neue Bürgerrechtsbewegung kann auf vielfältige Erfahrungen in der Geschichte zurückgreifen, um Bewegungsmechanismen in der Innenpolitik besser zu erfassen, Lehren zu ziehen und Änderungen in linker Politik gegebenenfalls vorzunehmen.

Für eine offene und tolerante Gesellschaft – Faschismus entgegentreten, überall!

Eine antifaschistische Grundhaltung ist unverrückbarer Bestandteil unserer Politik. Menschenrechte sind unteilbar, die unantastbare Würde und gleiche Rechte gelten für jeden Mensch gleich welchen Geschlechtes, welcher Herkunft und Lebensweise. DIE LINKE kämpft gegen jede Form der Diskriminierung und Gewalt. Sachsen-Anhalt ist das Bundesland mit dem statistisch im Verhältnis zur Einwohnerzahl höchsten Risiko, Opfer rechter Übergriffe zu werden. Gewaltbereite, in unterschiedlichem Maß ideologisierte junge Neonazis sind eine Bedrohung für alle Menschen, die nicht in ihr begrenztes Weltbild passen oder sich ihnen entgegenstellen. In manchen Regionen, nicht nur in den neuen Bundesländern, hat sich über viele Jahre eine rechte Jugendkultur manifestiert, die Politik und kulturelle Ausdrucksmöglichkeiten verbindet. Dieses Potenzial wurde in der jüngsten Vergangenheit auch von rechtsextremen Parteien erkannt, wechselseitig profitieren im Moment die parteiförmig organisierte Rechte und die militanten und neonazistischen (Jugend)Strukturen voneinander. Auch deshalb hatte sich die Zahl rechter Kandidaten im Vergleich zu den vorhergehenden Kommunalwahlen im April 2007 vervielfacht.

- Die neue LINKE nimmt rechtsextreme Bedrohungen für Gemeinleben und Demokratie ernst und ist zuverlässiger Ansprechpartner für antifaschistisch Engagierte. Die PDS war vom Beginn ihres Bestehens an Initiator und Mitglied von kommunalen und landesweiten Bündnissen gegen

Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Antifaschistisches Engagement beginnt damit, sich nicht abzufinden mit dem rechten Agieren vor Ort, beginnt mit dem Protest gegen rechte Aufmärsche und Konzerte. Wir solidarisieren uns mit den Opfern und den potenziellen Opfergruppen. Dabei problematisieren wir offene Gewalt neonazistischer Banden ebenso wie die Demütigungen und die Benachteiligungen von Asylsuchenden, Flüchtlingen und sozialen Randgruppen in vielen deutschen Amtsstuben.

Wir wissen um die Zusammenhänge von strukturellen Diskriminierungen und Vorurteilen in großen Teilen der Bevölkerung und den Wahlerfolgen rechtsextremer Parteien, die eigentlich eine geringe Mitgliederzahl aufweisen. Dies macht die Herausforderung, den Menschen Vertrauen in die Politik (wieder) zu vermitteln und rechte Wahlerfolge nach Möglichkeit zu verhindern, nicht nur für DIE LINKE umso größer. Antifaschismus ist Engagement für den Menschen, Rechtsextremismus richtet sich gegen Menschen. Dies deutlich zu machen, die rassistische Verachtung und Unterteilung von Rechten und Zugeständnissen rechtsextremer Politikangebote zurückzuweisen, ist Aufgabe der LINKEN und aller demokratischer Akteure. Die antikapitalistische Rhetorik aktueller rechtsextremer Kampagnen ist für uns besondere Herausforderung im Unterbreiten demokratischer Alternativen für die Menschen.

Unterschiedliche Einschätzungen gibt es in der LINKEN zur Wirksamkeit des Verbotes von Parteien. Vor allem kann rechte Gewalt, die in ihrer brutalsten Form oft unorganisiert ausbricht, damit nicht wirksam bekämpft werden. Einig sind wir uns jedoch darin, dass ein Verbot als alleiniges Mittel nicht ausreicht, um die Gefahr des Rechtsextremismus zu bannen. Unbedingte Voraussetzung bleibt allerdings der Abzug aller V-Leute, um einen Verbotsantrag juristisch nicht zu gefährden.

- Es bedarf eines komplexen Ansatzes, humanistische Werte und eine demokratische Anerkennungskultur in der Schule, der Familie, im Betrieb oder der Kommune zu verankern. Das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus der Landtagsfraktion der LINKEN vom Anfang dieses Jahres hat diese Aufgaben umfassend beschrieben. Für uns ist das Problem ein umfassend gesellschaftliches, deshalb müssen Gegenmaßnahmen als politische Querschnittsaufgabe verstanden werden, müssen auf das Individuum ebenso abzielen wie auf die sozialen und politischen Verhältnisse. Wir setzen sowohl auf frühkindliche und schulische Pädagogik und Bildung, die Empathie- und Toleranzfähigkeit fördert. Wir fördern bürgerschaftliches Engagement durch direkte und partizipative Demokratie, die sich zum Beispiel mit dem Konzept des Bürgerhaushaltes verknüpft. Menschen jeden Alters brauchen Perspektiven, DIE LINKE steht mit ihrer bildungs-, beschäftigungs- und sozialpolitischen Betonung für die dafür notwendigen Rahmenbedingungen. Wir brauchen bürgerschaftliches Engagement von Genossinnen und Genossen mit und in Gewerkschaften, Initiativen, Vereinen, Verbänden und den Kirchen, denn ohne die alltägliche Auseinandersetzung vor Ort verpuffen politische und mediale

Kampagnen gegen Rechtsextremismus. Diesen Aufgaben stellen wir uns in der täglichen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.

Die Arbeit gegen den erstarkenden Rechtsextremismus erfordert nicht nur Parteilichkeit sondern auch Fachlichkeit. Die PDS hatte einen wesentlichen Anteil an der Konstituierung und Etablierung der politischen und pädagogischen Beratung des Vereins Miteinander - Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V. in den Jahren 1999 und 2000. Wir begrüßen, dass endlich auch in unserem Bundesland der schrittweise Ausbau der dringend benötigten Opferberatungen möglich ist sowie Mobile Beratungsteams gebildet werden. Nach Regierungshandeln in der vergangenen Legislatur, das eher an ideologische Grabenkämpfe erinnerte als an sachorientiertes Engagement, gibt es nun endlich wieder eine Verantwortungsübernahme durch das Land. Die ersten Schritte hin zu verstärkter (Erwachsenen)-Bildung und Weiterbildung auch landesbehördlicher Mitarbeiter sind folgerichtig im Klima wachsender Vorurteile und gesteigener Gewalt.

- DIE LINKE bleibt bei der Forderung nach finanzieller und politischer Unterstützung für ehren- und hauptamtliches Engagement gegen rechts durch eine breite Vereins- und Initiativlandschaft.

Unsere antifaschistische Grundüberzeugung ergibt sich auch aus der Geschichte der europäischen Linken und den antifaschistischen Traditionen der Arbeiterbewegung. Viele Genossinnen und Genossen der LINKEN haben selbst lebens- oder familiengeschichtliche Erfahrungen mit dem Terror der Nationalsozialisten. Die Opfer antisemitischer Vernichtung, des nationalsozialistischen Terrorapparates und des deutschen Angriffskrieges sind uns mahnende Verpflichtung, revanchistischen, rassistischen und autoritären Ideologien entgegenzutreten. DIE LINKE, ihre Basisgruppen, Arbeitsgemeinschaften und Fraktionen, der Bildungsverein und der Jugendverband setzen sich ein für eine antifaschistische Gedenkkultur, die als Brücke zwischen Generationen wirkt. Diese ehrt die Opfer faschistischer Gewalt und setzt sich für den Erhalt historischer Gedenkort ein. Dazu gehört historisch-politische Bildung, die sich an den Ansprüchen der Aufklärung, des kritischen Denkens und der offenen und toleranten Gesellschaft misst.

Für ein Europa der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Nachhaltigkeit!

Globale Herausforderungen wie Klimawandel, Armut, Kriege in neuer Gestalt und Finanzkrisen sind in den nächsten Jahrzehnten zu bewältigen. Die Antworten der herrschenden Politik darauf sind nur Appelle und die Wiederholung der Thatcher'schen Feststellung „Es gibt keine Alternative.“. Das haben die Regierungen der G8 in Heiligendamm deutlich demonstriert.

- DIE LINKE hält es für dringend notwendig, dass der Prozess der Globalisierung anders gestaltet werden muss: sozial, demokratisch, ökologisch, antipatriarchal und friedlich. Das bedeutet, dass es nicht ausreicht, nur Kommunalpolitik oder nationalstaatliche Politik demokratisch zu verändern. Nein, alle politischen Handlungsmöglichkeiten müssen ausgeschöpft werden, um auf allen Ebenen, global, europäisch, national und regional, für eine Gesellschaft zu wirken, in der jede und jeder selbstbestimmt in Würde und solidarisch miteinander leben kann.

Damit haben wir bereits hier und heute begonnen. Und doch stehen wir noch am Anfang. Wir sind auf der Suche nach neuen Lösungsansätzen, die diesen Herausforderungen entsprechen. Über den klassischen Wohlfahrtsstaat der 60er und 70er Jahre ist die Zeit hinweg gegangen. Der Wandel von der klassischen Industriegesellschaft hin zu einer wissensbasierten Produktion hat zur massenhaften Freisetzung der Ware Arbeitskraft ebenso beigetragen wie die Ausweitung des Welthandels, die Entwicklung globaler Finanzmärkte und die Zunahme von Migrationsbewegungen. Die internationale Arbeitsteilung und die Herausbildung eines internationalen Arbeitsmarktes erfordern ein völlig neues Herangehen der Gewerkschaften, der sozialen Bewegungen wie auch der linken Parteien.

Die Bildung der Partei der Europäischen Linken war ein erster Schritt. Nun aber muss sie auf internationaler Ebene Vorstellungen, Konzepte und Visionen der europäischen Linken sichtbar machen und für sie werben. Europa ist für die meisten Bürgerinnen und Bürger weit weg und wird meist negativ erfahren. Die Angst vor den Risiken ist nach wie vor groß.

- DIE LINKE in Sachsen-Anhalt bekennt sich ausdrücklich zum europäischen Integrationsprozess. Allerdings wird eine Europäische Union als reine Freihandelszone, die bei vielen Menschen Ängste weckt und reale Verschlechterung ihrer Lebenssituationen mit sich bringt, zunehmend zu einer Gefahr für ein gemeinsames Europa. Die Volksentscheide in Frankreich und den Niederlanden oder der eingesetzte Renationalisierungstrend bei mehreren Mitgliedern der EU belegen dies. Darum liegt die Zukunft der EU für uns LINKE vor allem in ihrer politischen und sozialen Integrationsfunktion, in ihrem Ringen um Frieden und soziale, wirtschaftliche und ökologische Nachhaltigkeit. Davon ist die EU teilweise noch weit entfernt, umso mehr streiten wir dafür.

So sind Maßnahmen gegen Steuer-, Umwelt-, Sozial- und Lohndumping dringend notwendig. Dazu gehört z.B. die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes in der Bundesrepublik. Was in anderen EU-Ländern möglich ist, muss doch auch bei uns funktionieren. Der vermeintlichen Logik des Wettbewerbs um die niedrigsten Unternehmenssteuern, an dem sich die Bundesregierung mit der für 2008 geplanten Unternehmenssteuerreform beteiligt, muss schnellstens ein Ende gesetzt werden. Die Kluft zwischen armen und reichen Ländern und Regionen in der EU der 27 wird

ansonsten noch größer. Es muss Schluss gemacht werden mit einer Politik, die global, europäisch und regional nur ein Ziel kennt: Gewinne zu privatisieren, Verluste den betroffenen Gesellschaften aufzubürden, Sozialstaatlichkeit abzubauen und verantwortliches staatliches Handeln zu diskreditieren.

Für ein wirtschafts- und energiepolitisches Umsteuern – Zukunft durch Innovation!

Eine der Grundforderungen unseres alternativen gesellschaftspolitischen Ansatzes ist es, die Dominanz der Kapitalverwertung über Wirtschaft und Gesellschaft zu brechen. Dazu ist es aus unserer Sicht notwendig, Wirtschaft vor allem auch am Kriterium der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit zu messen.

Alternative Wirtschaftspolitik soll auf „ein starkes Gewicht sozialstaatlicher Politik anstelle von deren Unterordnung unter Marktzwänge“ zielen. Unter neuen Bedingungen müssen Mitbestimmungsrechte zur Anwendung kommen, gewerkschaftliche Gegenmacht unter aktiverer Beteiligung der Betroffenen muss zu neuer Durchsetzungskraft finden. Staatliche Regelung hat die Funktion, egoistischen Interessen entgegenzuwirken. Dazu gehört auch eine Besteuerung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, anstelle der durch die Große Koalition konsequent fortgesetzten Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben. Nicht zuletzt darum steht DIE LINKE vor dem Problem, dass die neoliberale Einnahmepolitik heute den Rahmen für die Politik setzt.

Unsere wirtschaftspolitischen Vorstellungen setzen aber auch auf unternehmerische Gewinninteressen als wesentlich für betriebswirtschaftliche Effizienz und Innovationen. Die angestrebte sozial-ökologische Rahmensetzung für Marktmechanismen soll verhindern, dass private Unternehmerinteressen zu volkswirtschaftlich, sozial und ökologisch verlustreichen Fehlentwicklungen führen.

Kommunale Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik ist für viele Kommunen ein wichtiges Standbein zur Sicherung der Daseinsvorsorge und zum Erhalt von Arbeitsplätzen in der Region. Kommunale Unternehmen sollen im Wettbewerb mit privaten weder Benachteiligung noch besondere Vorteile erfahren, sondern gleichberechtigt am Markt agieren.

- Linke Wirtschaftspolitik ist darauf zu richten, die öffentliche Auftragsvergabe mit dem Ziel einer verstärkten Kooperation kommunaler und privater Unternehmen zur nachhaltigen Entwicklung von regionalen Wirtschaftskreisläufen zu qualifizieren. Wichtige Träger dieser Prozesse sind die Sparkassen der Kreise und kreisfreien Städte. DIE LINKE wird sich für ihren Erhalt und ihre Regionalisierung einsetzen.

Öffentlich geförderte Beschäftigung in autonomen Wirtschaftsunternehmen und -projekten zwischen Privatwirtschaft und Staat bleibt ein von der LINKEN vertretenes Projekt. Öffentlich geförderte Beschäftigung kann in besonderem Maße Raum bieten

für die Entfaltung von Selbstbestimmung, Geschlechtergerechtigkeit, für die Förderung Benachteiligter, für soziale Integration und Qualifizierung. In der Kooperation mit Privatunternehmen und staatlichen Verwaltungen bietet öffentlich geförderte Beschäftigung Potenzen für nachhaltige Regionalentwicklung, für die Erschließung neuer Arbeitsfelder und für sozial gesicherte Kombinationen von Erwerbsarbeit, Eigenarbeit und Ehrenamt.

- DIE LINKE tritt dafür ein, dass Langzeitarbeitslose das Geld, das sie als Arbeitslosengeld II zuzüglich der Kosten der Unterkunft und als Zuverdienst aus "Ein-Euro-Jobs" als Nettolohn erhalten, also als Arbeitnehmer mit Arbeitsvertrag, ausgezahlt bekommen. So können die Zwänge und Demütigungen, die ihnen Hartz IV sonst zumutet, vermieden werden. Zudem können mit diesen Geldern und gegebenenfalls durch ihre Kombination mit anderen Fonds reguläre, versicherungspflichtige und Existenz sichernde zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden – und zwar dort, wo für die Privatwirtschaft Dienstleistungen für Einzelne oder für das Gemeinwesen nicht rentabel sind. DIE LINKE. Berlin zeigt gerade, dass dies nicht nur sinnvoll, sondern auch machbar ist. Ein Abbau regulärer Beschäftigung im öffentlichen Sektor und eine Beeinträchtigung der Privatwirtschaft wollen wir vermeiden.

Ein Zurück zur Massenproduktion mit hohen Beschäftigungszahlen wird es nicht geben. Die Zukunft liegt auch in Sachsen-Anhalt in innovativen Technologien wie hierzulande beispielsweise der Nutzung erneuerbarer Energieformen, Technologien zur Senkung des Energieverbrauchs, biotechnologischen Innovationen sowie der Nanotechnologie und anderen modernen Bereichen der Werkstofftechnik. Hier gibt es ausbaufähige Traditionen und Potenziale. Dabei ist eine wirksame gesellschaftliche Einflussnahme auf die und Kontrolle der Technologieentwicklung, vor allem aber eine deutlich bessere Technologieförderung in der gesamten Kette von der Grundlagenforschung, über die angewandte Forschung, bis hin zur Produktion notwendig. Das hat aber weitgreifende Konsequenzen auch für Bereiche wie Beschäftigung und Bildung. Hier sind wir als LINKE gefordert, diese Konsequenzen programmatisch mit zu denken.

- Linke Wirtschaftspolitik heute braucht auch Visionen jenseits der Eigentumsfragen. Ein Kernpunkt dabei ist der grundlegende Wandel des Charakters der Produktivkräfte hin zu einer wissensbasierten Produktion.
- Aufgabe der Wirtschaftspolitik muss es sein, die einheimischen Unternehmen auf zukunftsfähiger Grundlage zu stabilisieren und mit einer gezielten Strukturpolitik als Fundament für eine künftige innovationsgetragene Entwicklung zu unterstützen. Dazu gehören die bessere Kapitalausstattung junger und innovativer kleiner und mittlerer Unternehmen und Hilfestellungen bei konkreten Vorhaben, wie z.B. zur Erschließung neuer Märkte. Existenzgründungen in neuen, zukunftsfähigen Arbeitsfeldern brauchen eine verlässliche Grundlage.

Ein System, das nur auf Mehrverbrauch, Umsatz- und Gewinnsteigerung orientiert, ist nicht zukunftsfähig. Eine ökologische Erneuerung ist für uns nur in der Gleichwertig-

keit von Ökologie, Ökonomie und sozialer Gerechtigkeit möglich. Eine Wende im Klimaschutz und in der Energiepolitik sind nur zwei Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen.

Energie soll für alle finanzierbar zur Verfügung stehen, gleichzeitig soll der Anteil erneuerbarer Energie am Gesamtaufkommen steigen. Eine stabile Energieversorgung ist nur in einem Mix aller effizienten und ökologisch vertretbaren Methoden zur Energieerzeugung möglich. Sachsen-Anhalt hat Potenziale nicht nur der Solar- und Windenergien, sondern auch bei biochemischen Verfahren der Energiegewinnung. Eine vorrangige Entwicklung regenerativer Verfahren zur Energiegewinnung, Energiespeicherung und energiesparender Technologien und Verfahren muss zum Schwerpunkt der Forschungs- und Technologieförderung werden.

- Die Entwicklung und Nutzung erneuerbarer Energien und nachwachsender Rohstoffe muss ein Markenzeichen für Sachsen-Anhalt werden.

Natürliche Ressourcen sind knapp und sollten unter Abwägung wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Kriterien effektiv genutzt werden. Noch werden fossile Rohstoffe vorwiegend zur Energiegewinnung verbrannt. Ein Abbau der Braunkohlevorkommen zum Zweck der Energiegewinnung verbietet sich aus ökologischer und ökonomischer Sicht mittel- und langfristig, Kohle ist aber in einigen Regionen heute noch eine bestimmende Lebensader. DIE LINKE setzt sich dafür ein, den notwendigen Strukturwandel in den betroffenen Regionen sozial und ökologisch ausgewogen zu gestalten.

In der Klimapolitik hat das Land durch seine geografische Lage, die Folgen der industriellen sowie bergbaulichen Nutzungen und durch seine Verkehrswege eine überregionale Bedeutung in Deutschland. Die leistungsfähigsten Böden in der Börde und der Querfurter Platte sowie die Waldflächen im Harz, Fläming und in der Colbitz-Letzlinger Heide sind am stärksten vom Klimawandel betroffen. Der zunehmende Wandel der Niederschlagsmengen im Umfang sowie Zeitpunkt führen zukünftig zu erheblichen Veränderungen im Elbeeinzugsbereich und bei den „Seen“ die in den Bergbaufolgelandschaften entstanden sind bzw. entstehen. Nachdem durch die umfangreiche Reduzierung der industriellen Standorte in Sachsen-Anhalt es vor allem in den neunziger Jahren zu einer Abnahme der CO₂-Belastung gekommen ist, haben wir in den letzten Jahren wieder eine Zunahme zu verzeichnen. Sie wird vor allem durch die Zunahme des Straßenverkehrs und der Flächenversiegelung verursacht.

- Das erfordert für eine zukünftige nachhaltige Entwicklung in Land und im Bund ein Umdenken der Klimapolitik. Aus unserer Sicht muss ein notwendiges Klimakonzept vor allem ein ressortübergreifendes Handeln einfordern, das nur ökologisch und sozial nachhaltiges Wirtschaften fördert und Investitionen einer bindenden Umweltprüfung unterzieht, den Ressourcenverbrauch einschränkt und sozial ausgewogen ist.

Im Gegensatz zu Leitvorstellungen einer nachhaltigen Raumentwicklung hält die Zersiedelung der Landschaft an, wachsen Verkehrsströme unaufhörlich, werden Ressourcen ohne Rücksicht auf zukünftige Generationen verbraucht, verschärfen sich

die Ungleichgewichte in der Entwicklung der Regionen in ökonomischer, ökologischer und sozialer Hinsicht. Die neuen Leitlinien der Raumordnung in Bund und EU sind nahezu allein von den Interessen der Wirtschaft geprägt, um Wachstum und Beschäftigung zu erzeugen. Aus linker Sicht ist aber eine Balance von Entwicklung, Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen und Nachhaltigkeit, von Ökonomie und Umwelt- und Ressourcenschutz erforderlich.

- Die LINKE wird sich einer Relativierung der Ausgleichspolitik unter dem Verweis auf die begrenzten finanziellen Rahmen und dem damit einhergehenden verschärften Wettbewerb zwischen den Kommunen und Regionen widersetzen. Wir stellen dagegen die Leitidee der „solidarischen Region“, einer Verantwortungsgemeinschaft mit wechselseitiger Leistungserbringung und dem Ausgleich unterschiedlicher Leistungsbeiträge.

Für die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge!

Verantwortung für Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge ergibt sich für DIE LINKE aus der Notwendigkeit, sowohl die sozialen und kulturellen Grundrechte als auch die Grundlagen für das Zusammenleben in den Kommunen für alle gleichermaßen zu gewährleisten. Dazu zählt die Bereitstellung öffentlicher Einrichtungen für die Allgemeinheit: der öffentliche Personenverkehr, Versorgung mit Wasser, Strom, Gas, die Beseitigung von Abfall und Abwasser, aber auch die Bereitstellung von Bildungs- und Kultureinrichtungen, von Gesundheitseinrichtungen und Beratungsstellen.

Diese Einrichtungen und Angebote brauchen alle, um ihr Leben in der kommunalen Gemeinschaft organisieren zu können. Sie sind deshalb von allgemeinem Interesse und Teil der Zivilgesellschaft.

Doch die Bereitstellung von Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge ist durch die neoliberale Politik der letzten Jahre heute zunehmend in Frage gestellt. Einerseits wächst die Finanznot der Kommunen sowohl durch die verfehlte Einnahmepolitik des Bundes als auch andererseits durch die Übertragung von Aufgaben durch Bund und Länder ohne ausreichende Gegenfinanzierung. Hier muss endlich der Grundsatz „Wer bestellt, zahlt auch“ durchgesetzt werden.

Die Politik der anderen Parteien hat in den letzten Jahren entscheidend dazu beigetragen, dass der Handlungsspielraum in den öffentlichen Haushalten zunehmend enger geworden ist. In der Folge entdeckte die Wirtschaft das Feld der öffentlichen Daseinsvorsorge als Profitquelle und nutzte technologische Entwicklungen, um klassische Dienstleistungen zu kommerzialisieren. Aufgaben im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge haben eine europäische, eine globale Dimension erhalten. Das neoliberale Leitbild des „Schlanken Wettbewerbsstaates“ hat in der Annahme, dass

Markt und Wettbewerb Aufgaben der Daseinsvorsorge in der Regel kostengünstiger, effizienter und effektiver bei höherer Qualität bereitstellen können, den multinationalen Konzernen einen Markt in bisher nicht gekannten finanziellen Dimensionen geöffnet.

Durch den Druck auf Haushaltskonsolidierung sehen sich viele Kommunen genötigt, öffentliches Eigentum zu verkaufen. Der erhoffte Effekt, eine kostengünstigere Bereitstellung von Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge durch diesen Verkauf zu erreichen, stellt sich jedoch meist nicht ein. In der Folge werden Leistungen vielfach nur noch eingeschränkt bereitgestellt oder für die Nutzer verteuert. Die Möglichkeit der öffentlichen Entscheidungsträger und der Bürgerinnen und Bürger, selbst auf die Qualität der zu erbringenden Leistung Einfluss zu nehmen, wird geringer. Das gilt vor allem dann, wenn auch noch der staatliche Einfluss auf die Preisbildung wie jüngst bei den Stromkonzernen aufgegeben wird.

- DIE LINKE spricht sich gegen den Verkauf öffentlichen Eigentums aus, wenn der Zugang und die Standards für die Angebote der öffentlichen Daseinsvorsorge gefährdet sind, mit einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten verbunden ist und den kommunalen Mandatsträgern damit die demokratische Mitbestimmung entzogen wird.

Die Gewährleistungspflicht des Staates verlangt nicht, alle Aufgaben selbst zu erfüllen. Aber bei der Übertragung von Aufgaben an andere Träger muss gesichert sein, dass der Zugang zu diesen Leistungen für alle zu erschwinglichen Konditionen erhalten bleibt und Qualitätsstandards gesichert werden. Öffentliche Entscheidungsträger, insbesondere die demokratisch gewählten Gremien, müssen die Entscheidungshoheit über Umfang und Qualität der Leistungen behalten, notfalls müssen Aufgabenübertragungen wieder entzogen werden können. Insbesondere für die Übertragung von Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge an nicht gemeinnützige private Anbieter müssen neben der Sicherheit einer langfristigen Gewährleistung der Dienstleistungen zu erschwinglichen Preisen und zur erforderlichen Qualität auch die Konditionen für die Arbeit der Beschäftigten in diesem Bereich beachtet werden.

Die Übertragung von Aufgaben der Grundversorgung an private Anbieter sehen wir nicht nur angesichts bereits fortschreitender Monopolisierungen und Preisabsprachen in diesem Bereich skeptisch. Ebenso halten wir die Privatisierung von Wohnungsbeständen der kommunalen Unternehmen und von Krankenhäusern für keinen geeigneten Weg zur langfristigen Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge.

- DIE LINKE tritt dafür ein, die Leistungen und Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge für alle auch zu zumutbaren Konditionen bereitzustellen.

Sie sind für uns Voraussetzung für die Sicherung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Grundrechte des Einzelnen, für die Vermeidung von sozialer Ausgrenzung.

Sie sind für das Funktionieren der Gemeinschaft unverzichtbar. Darüber hinaus leisten viele Angebote insbesondere im ländlichen Raum einen Beitrag, für den sozialen Zusammenhalt in den Regionen, sie generieren bürgerschaftliches Engagement. Dort erhält die Zivilgesellschaft eine Adresse.

Wir wenden uns gegen alle Bestrebungen, die Notlage Betroffener auszunutzen, um höhere Preise für die Bereitstellung solcher Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge zu realisieren oder den Leistungsumfang aus vermeintlichen Wirtschaftlichkeitsgründen einzuschränken. Für DIE LINKE ist der Maßstab für die Angemessenheit der Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge immer die Möglichkeit der Teilhabe der sozial schwächsten Gruppen in der Bevölkerung. Umgekehrt kann sich die Gesellschaft ein Marktversagen in diesen elementaren Bereichen nicht leisten. Das käme am Ende die Gemeinschaft teurer zu stehen als die Erfüllung der Aufgabe in eigener Verantwortung sicherzustellen.

- DIE LINKE tritt dafür ein, neben einem attraktiven Angebot an kommunalen Einrichtungen im Interesse der Breite und der Vielfalt der Angebote freie gemeinnützige Träger zu fördern, wenn sie Aufgaben in diesem Bereich übernehmen, und weitere lokale Initiativen zu unterstützen.

Die Zuständigkeit für die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge liegt in der Mehrzahl der Fälle in den Kommunen. Der Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung räumen wir einen besonderen Schwerpunkt ein. Vor Ort sind die Bedarfe wie auch die Probleme am besten bekannt. Bürgerinnen und Bürger erleben die Kommunalpolitik deutlich transparenter. Die Kompetenzen für die Lösung von Problemen sind in den Kommunen bürgernah und effizient, weil dort die vorhandenen Angebote am besten gebündelt und Synergieeffekte genutzt werden können. Dort gibt es die meisten Potenziale dafür, dass sich bürgerschaftliches Engagement entwickeln kann.

- Wir sprechen uns deshalb dafür aus, dass die öffentliche Daseinsvorsorge, so weit wie es sinnvoll und möglich ist, in die Zuständigkeiten der Landkreise, Städte und Gemeinden gegeben wird.

Ein regional ausgewogenes Angebot an Bildungs- und Kultureinrichtungen gehört für uns zu den Aufgaben der Kommunen. Das bezieht sich nicht nur auf Einrichtungen zur Erfüllung der Schulpflicht, sondern auch auf solche, die lebensbegleitendes Lernen ermöglichen und die Bereitstellung eines bedarfsgerechten Angebotes an Einrichtungen für die vorschulische Bildung und Betreuung. DIE LINKE entzieht sich der Logik, nach der sportliche und kulturelle Angebote als freiwillige Aufgaben der Kommunen bei Finanzknappheit notfalls wegfallen können. Wir sehen sie als Bestandteil der Daseinsvorsorge. Dabei sollen örtliche Voraussetzungen und Potenzen ebenso beachtet werden wie gewachsene Traditionen, aber auch Raum für die Entwicklung neuer Angebote bleiben. Möglichkeiten der regionalen Kooperation sollen für die Erweiterung des verfügbaren Angebotes genutzt werden. Das gilt ebenso für die vielfältigen Formen von Beratungsstellen.

Dabei allerdings erweist sich die Finanznot der Kommunen als kontraproduktiv.

- DIE LINKE setzt sich darum für eine umfassende Gemeindefinanzreform ein. Wir brauchen einen Finanzausgleich im Land, der auf einer wirklichen Partnerschaft zwischen Land und Kommunen basiert. Von der Wirtschafts- und Finanzkraft der Kommunen wird die Lebensqualität der Menschen wesentlich mitbestimmt, denn von ihr hängen die Zukunftsfähigkeit der Kommunen und die Sicherung der Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge ab.

Kommunale Mandatsträger haben bei den Entscheidungsfindungen eine besondere Verantwortung. Die Konditionen für die Erbringung von Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge sollen darum von den demokratisch gewählten Gremien in einem für Bürgerinnen und Bürger transparenten Prozess geregelt werden. Das gilt sowohl für die Leistungen der örtlichen Ver- und Entsorgung wie auch für den sozialen und kulturellen Bereich.

Bildungszugang für alle – für längeres gemeinsames Lernen!

Wenn wir über das Recht auf Bildung für jeden Menschen reden, dann haben wir zwei Dimensionen im Blick:

Zuerst ist der gleiche Zugang zu Bildung auf einem hohen Niveau für uns ein unveräußerliches Menschenrecht. Bildung ist in großem Maße persönlichkeitsbildend. Ein hohes Bildungsniveau ist nicht nur Grundlage für die Umsetzung der individuellen Lebenspläne, es ermöglicht jedem und jeder Einzelnen auch die Teilhabe an und die Mitsprache bei gesellschaftlichen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen sowie die Wahrnehmung und Verteidigung demokratischer Grund- und Freiheitsrechte. Bildung ist damit auch konstituierend für eine demokratische Entwicklung der Gesellschaft.

Zum Zweiten ist ein hohes Bildungsniveau des Einzelnen und der Gesellschaft für Staaten wie die Bundesrepublik Deutschland zu einem wirtschaftlichen Entwicklungspotenzial ersten Ranges geworden. In einem rohstoffarmen Land wie der Bundesrepublik ist volkswirtschaftlicher Fortschritt von einer in hohem Maße wissensbasierten Produktion abhängig. Innovation und die Entwicklung neuer, auf ökologische Nachhaltigkeit setzende Technologien beeinflussen damit nicht nur die Lebensqualität der Menschen in diesem Land, sondern auch seine Wettbewerbsfähigkeit. Darum ist es ein gesamtgesellschaftliches Interesse, für ein hohes Bildungsniveau zu sorgen. Keine moderne Gesellschaft darf es sich leisten, dabei einen Teil seiner Bevölkerung auszugrenzen. Bildungszugang für alle ist darum ein Maßstab für das Maß der Verwirklichung von sozialer Gerechtigkeit.

- Aus diesem Grund lehnen wir die Zuteilung von Bildung und damit die Zuteilung von Lebenschancen und Partizipationsrechten durch das Bildungssystem entschieden ab.

Tatsächlich ist in der Bundesrepublik Deutschland aber die Möglichkeit des Bildungszuganges eingeschränkt. Das belegen nicht nur internationale Vergleichsstudien. Besonders markant ist die massive Abhängigkeit des Bildungserfolges trotz formalrechtlicher Gleichheit von der sozialen Situation im Elternhaus bzw. in den familiären Lebenszusammenhängen. Kinder aus materiell oder sozial schwachen Familien oder aus Elternhäusern mit einem geringen Bildungshintergrund haben es deutlich schwerer als andere hohe Bildungsabschlüsse zu erreichen.

Das Bildungssystem in Deutschland ist nicht geeignet und im Grunde auch nicht daran interessiert, diesem Defizit energisch entgegenzuwirken. Vielmehr werden durch eine frühzeitige Eingliederung in unterschiedliche Bildungsgänge in der Schule, durch eine immer stärker werdende Privatisierung der Bildungskosten und die Vernachlässigung von gleichen Bildungszugängen im frühen Kindesalter Bildungschancen zugeteilt. In der Folge vererben sich soziale Nachteile bei der Möglichkeit Bildung zu erwerben für Kinder aus Familien in prekären Lebenslagen. Ihre Lebenschancen werden so beschnitten.

Diese soziale Benachteiligung ist Teil konservativer Gesellschaftspolitik, die öffentlich finanzierte Bildung auf vordergründige gesellschaftliche, ja teilweise auf wirtschaftliche Verwertbarkeit reduziert. Individuelle Lebensinteressen werden dabei ausgeblendet oder zur Privatsache des Einzelnen erklärt.

DIE LINKE setzt dem Forderungen entgegen, die aus dem emanzipatorischen Wert von Bildung ebenso erwachsen wie aus ihrem Anspruch an soziale Gerechtigkeit:

- Bildung beginnt nicht erst in der Schule. Sie beginnt mit dem ersten Lebensstage. Darum sollen Eltern und Erziehende Hilfen bei der frühkindlichen Bildung erhalten. Dabei setzen wir auf ein qualitativvolles Angebot frühkindlicher Bildung und Betreuung in Krippen und Kindergärten, das jedem Kind, unabhängig von der Erwerbstätigkeit der Erziehungsberechtigten zugänglich sein muss. Wir wollen einen Rechtsanspruch auf ganztägige Bildung und Betreuung in einer Kindereinrichtung.
- Wir setzen uns ein für das gemeinsame Lernen bis mindestens zur neunten Klasse in einer Gemeinschaftsschule, ohne frühzeitige Ausgrenzung in unterschiedliche Lerngruppen, die auf unterschiedliche Abschlüsse hin ausgerichtet sind. Wir unterstützen einen Paradigmenwechsel, der mit einer Pädagogik der Vielfalt auf die sozialen Lebenslagen von Schülerinnen und Schülern Bezug nimmt, das traditionelle Rollenverhältnis zwischen Jungen und Mädchen und die damit verbundenen Klischees kritisch hinterfragt und Schülerinnen und Schüler mit Migrationshinter-

grund fördert und integriert. Wir wollen, dass durch ein optimales Maß an individueller Förderung aller Schülerinnen und Schüler möglichst alle einen soliden Abschluss der zehnten Klasse erreichen können und mehr als bisher erfolgreich das Abitur erreichen. Die neue Gemeinschaftsschule ist eine integrative Schule, in der auch Kinder mit und ohne Behinderungen zusammen lernen.

- DIE LINKE tritt dafür ein, dass alle Absolventinnen und Absolventen von allgemein bildenden Schulen eine berufliche Ausbildung erhalten, die zu einem vollwertigen Berufsabschluss führt. Dafür müssen die Anstrengungen für ein ausreichendes Angebot an dualen Ausbildungsplätzen ebenso erhöht werden, wie es erforderlich ist vollzeitschulische Bildungsgänge und Möglichkeiten für ein Hochschulstudium bedarfsgerecht bereitzustellen und aus öffentlichen Mitteln zu finanzieren. Dazu halten wir kurzfristig eine Umlagefinanzierung für erforderlich. Sackgassen, Sparangebote und sinnlose Warteschleifen halten wir weder für gerecht noch für zeitgemäß. Der Zugang zum Studium soll frei bleiben und nicht durch Gebühren erschwert werden. Wir wollen, dass an den Hochschulen des Landes bei guten Studienbedingungen mehr junge Menschen als bisher eine berufliche Ausbildung erhalten und erfolgreich abschließen können. Dafür bedarf es einer ausreichenden öffentlichen Finanzierung und des Verzichts auf die Einführung von Studiengebühren. DIE LINKE strebt ein neues Berufsbildungskonzept an, das unterschiedliche Wege in den Beruf ebenso berücksichtigt wie die Veränderungen in den Erwerbsbiografien.
- Kommunale und freie gemeinnützige Bildungsträger leisten schon jetzt einen wertvollen Beitrag in der Erwachsenenbildung. Wir wollen, dass dem gesamten Bereich der Weiterbildung ein höherer Stellenwert eingeräumt wird. Dazu zählt für uns die berufliche und berufsbezogene Weiterbildung ebenso wie allgemeine, politische, kulturelle Weiterbildungsangebote und Qualifizierungen für ehrenamtliches Engagement.

DIE LINKE steht für ein öffentliches und staatlich finanziertes Schulwesen. Seine Entwicklung hat für uns Priorität. Darum ist die Sicherung eines attraktiven und möglichst dichten Netzes an öffentlichen Schulen auch in der Fläche, das es allen Kindern zu guten Konditionen ermöglicht, jeden gewünschten Bildungsgang zu erreichen, eine vorrangige Aufgabe der Schulentwicklungsplanung. Daneben akzeptieren wir den verfassungsmäßigen Rang der freien Schulen in gemeinnütziger privater Trägerschaft. Wir schätzen insbesondere den innovativen pädagogischen Ansatz vieler dieser Schulen und ihren daraus erwachsenden Einfluss auf die pädagogische Entwicklung des öffentlichen Schulwesens. Allerdings sehen wir mit Sorge, dass freie Schulen sich zunehmend dort gründen, wo öffentliche Angebote wegen fehlender Schülerzahlen nicht mehr aufrechterhalten werden. Das ist vor allem darum möglich, weil freie Schulen nicht an die quantitativen staatlichen Vorgaben für die Einrichtung von Schulen gebunden sind. So sehr wir diese oft durch Elterninitia-

tiven beförderten Schulgründungen respektieren, so sehr befürchten wir durch sie eine weitere Reduzierung öffentlicher Schulangebote ebenso wie eine weitere Vertiefung der sozial bedingten Sonderung von Schülerinnen und Schülern. Diesem Trend kann nur durch die Ausgestaltung des öffentlichen Schulwesens entgegengewirkt werden.

Die Sicherung vielfältiger und bedarfsgerechter Bildungsangebote für alle Altersgruppen ist für uns eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie hat für uns Priorität. Ihr muss nicht nur mehr politische Aufmerksamkeit entgegengebracht werden, sondern auch die notwendige finanzielle Ausstattung muss gesichert werden. Dazu soll der Gedanke der Bildungsquote als haushalterischer Ansatz weiter entwickelt und öffentlich kommuniziert werden.

Familie ist gewollt!

Unter Familie verstehen wir eine Lebensgemeinschaft, in der Menschen unterschiedlicher Generationen miteinander leben und sich füreinander verantwortlich fühlen. Wir teilen jedoch nicht das konservative Familienbild, das auf subsidiärer finanzieller Verantwortung füreinander aufbaut und so materielle Formen der Abhängigkeit voneinander konstituiert. Diesem Familienbild vergangener Jahrhunderte und Gesellschaften setzen wir eine solidarische Gemeinschaft entgegen, in der jede und jeder Einzelne selbstbestimmt leben kann. Partner in einer Ehe oder einer anderen Lebensgemeinschaft sollen menschlich und moralisch füreinander da sein, aber nicht finanziell voneinander abhängig. Die tradierten Rollenbilder zwischen den Geschlechtern hinsichtlich der Zuständigkeit für Familien- und Erwerbsarbeit beschränken die selbstbestimmte Lebensgestaltung von Frauen und von Männern und gehören aus diesem Grunde infrage gestellt. Jeder Mensch hat für uns das Recht auf eine eigenständige Sicherung seiner Existenz. Nur so kann er auch in Gemeinschaft selbstbewusst agieren. Das gilt für Lebenspartner genauso wie für das Verhältnis von Eltern für ihre Kinder oder die Pflege bedürftiger Familienangehöriger.

Darum setzen wir uns ein:

- für die Abschaffung des Ehegattensplittings und den Umstieg auf das Prinzip der Individualbesteuerung. Die Selbstverständlichkeit einer Erwerbstätigkeit von Frauen wird bis heute durch dieses auf das Ernährermodell aufgebaute Familienbild, dem das Ehegattensplitting entspricht, infrage gestellt.
- für eine Kindergrundsicherung, die Kinder vor Armut schützt und ihnen ein selbstbestimmteres Leben ermöglicht,
- für ein elternunabhängiges Bafög, das die Abhängigkeit der Bildungsbiografie junger Studierender von ihren Eltern aufhebt,

- für einen auskömmlichen Pflegesatz, der die Pflegeleistung innerhalb der Familie nicht mehr zu einem weiteren Niedriglohnsektor gestaltet,
- für eine Infrastruktur von Beratungs- und Dienstleistungsangeboten für Familien in prekären Lebenssituationen, die sich in respektvoller und werbender Art und Weise anbietet und die das Selbstbestimmungsrecht der Betroffenen ebenso wie die Rechte auf Sozialleistungen unangetastet lässt,
- für sozialrechtliche Regeln, die vor allem Männern und Vätern den Zugang zu Familienarbeit und Kindererziehung erleichtern. Dazu gehört auch die ganztägige Betreuung in einer Kindereinrichtung als Rechtsanspruch eines jeden Kindes.
- für ein familienfreundliches Klima in öffentlichen Einrichtungen, was z.B. verhindert, dass Behördenbesuch und andere Angelegenheiten für Eltern mit Kindern zur Belastungsprobe werden,
- für innovative Modelle der Arbeitszeit und Arbeitsform, die Beruf, Elternschaft oder Pflege für Frauen und für Männer in allen Tätigkeitsbereichen ermöglicht bzw. erstrebenswert macht.

Familie ist gewollt, bei Frauen und Männern, bei Kindern und Jugendlichen, gleichermaßen in allen Generationen. Die Vorstellungen vom familiären Zusammenleben werden vielfältiger und wandeln sich in den individuellen Lebensentwürfen.

Die Politik hat das zu respektieren und zugleich Rahmenbedingungen zu schaffen, die gegenseitige Verantwortung nicht zu Abhängigkeiten degradiert und die unterschiedlichen Lebensformen gleichberechtigt schützt und fördert.

Für einen politischen Richtungswechsel!

Mit dem Einzug der LINKEN in den Bundestag 2005 sind die politischen Kräfteverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland in Bewegung gekommen. Wir wollen mehr, wir wollen diese Kräfteverhältnisse nachhaltig verändern. Wir werden dafür streiten, dass an den Konzepten und Ideen der LINKEN dauerhaft kein Weg vorbei führt. Der andauernde Kampf um einen Existenz sichernden gesetzlichen Mindestlohn zeigt bereits, wozu wir in der Lage sind. Ohne eine starke LINKE hätten sich andere politische Parteien dieses Themas nicht in dieser Form angenommen. Doch sie bleiben unglaublich, solange sie nur darüber reden, ohne politisch mögliche Mehrheiten zu nutzen, den Mindestlohn auch für alle gesetzlich einzuführen.

In Sachsen-Anhalt war DIE LINKE der Wahlsieger 2006. Es war uns zu verdanken, die schwarz-gelbe Mehrheit gebrochen zu haben. Die Menschen in unserem Bundesland wollten den politischen Wechsel. Bekommen haben sie ein „Weiter so“.

Wir kämpfen weiterhin für einen Richtungswechsel in der Politik. Wir stehen für wirtschaftlich zukunftsfähige, ökologisch nachhaltige und sozial gerechte Politik. Unser Anspruch auf Erneuerung heißt: moderne Entwicklungswege für alle gesellschaftlichen Bereiche – von der Wissenschaft und der Wirtschaft über die Bildungspolitik, die Entwicklung einer vorsorgenden Sozialpolitik bis zur kulturellen Infrastruktur und zur Kommunalpolitik.

DIE LINKE wird mit ihrem inhaltlichen Angebot auf die Bürgerinnen und Bürger zugehen und um ihr Vertrauen werben. Wir wollen und werden uns messen lassen an der Akzeptanz unserer politischen Alternativen und nicht daran, wie wir zu den Konzepten der anderen stehen. Kompetenz entscheidet über unseren dauerhaften Erfolg, nicht die Ablehnung des Programms der anderen Parteien. DIE LINKE ist Volkspartei in Sachsen-Anhalt – dies bleibt unser Anspruch auch in Zukunft.

Die Mitglieder unserer Partei sind aufgerufen, in den kommenden Monaten eine breite und transparente Diskussion zur programmatischen Ausrichtung der neuen LINKEN zu führen. Wir werden uns als Landesverband mit unseren Erfahrungen, Ideen und Wertevorstellungen in diese Debatte einbringen.

Nicht zuletzt durch diese Diskussion, aber auch durch unsere außerparlamentarischen Aktivitäten, durch unser gemeinsames Agieren mit verschiedensten Bündnispartnerinnen und Bündnispartnern und durch eine glaubwürdige und überzeugende parlamentarische Arbeit wollen wir noch mehr Menschen dafür gewinnen, aktiv in der neuen LINKEN mitzuwirken.

Die Ergebnisse der Politik der LINKEN messen sich daran, wie sie dazu beitragen, auch innerhalb der gegebenen bundes- und europapolitischen Rahmenbedingungen die Interessen insbesondere sozial schwacher und durch Ausgrenzung bedrohter oder schon erfasster Bürgerinnen und Bürger zu vertreten, die ökonomischen Potenziale für eine eigenständige Entwicklung von Kommunen und Regionen zu fördern und Kräfte dazu zusammenzuführen.

DIE LINKE in Sachsen-Anhalt ist eine der Gesellschaft zugewandte, sie verändern wollende Partei. Gerade ihre Auffassung, dass diese Gesellschaft veränderbar ist, schafft den Rahmen für ein öffentlich akzeptiertes Wirken.

Im Jahr 2007 ist uns LINKEN, den Mitgliedern aus WASG und Linkspartei.PDS, gelungen, wofür viele von uns seit 1989 überall engagiert gekämpft haben – die Etablierung einer gesamtdeutsch akzeptierten, in Ost und West vertretenen Partei mit demokratisch-sozialistischem Profil.

Dies erreicht zu haben, macht uns Mut und lässt uns an diesem 15. September 2007 voll Selbstbewusstsein und Optimismus sagen:

Hier ist DIE LINKE. Sachsen-Anhalt – eine LINKE, die sich den Problemen der Menschen zuwendet, die den Kapitalismus nicht für das Ende der Geschichte hält, die Protest und Widerspruch unüberhörbar dort anbringt, wo er nötig ist, und die gleichzeitig darum ringt, für ihre Ideen und Konzepte politisch handlungsfähige Mehrheiten zu gewinnen.